

STELLUNGNAHMEN ZUM URTEIL

BUND: Wegweisender Erfolg für Naturschutz



Dirk Jansen.

Der BUND wertet das Urteil als wegweisenden Erfolg für den Naturschutz und schwere Schlappe der Genehmigungsbehörde in Arnsberg. Er fordert die Landesregierung auf, sich dem Problem der Vermeidung zusätzlicher Umweltverschmutzung im hochbelasteten Raum endlich auf der Ebene der Landesentwicklungsplanung anzunehmen und eine Konfliktvermeidung durch Planung durchzusetzen. Vor dem Hintergrund weiterer umstrittener Großprojekte in der Region, wie dem Kohlekraftwerk Datteln 4 und dem geplanten Industriegebiet NewPark, seien klare Vorgaben zum planerischen Schutz der Natur und der Vermeidung weiterer Fehlinvestitionen notwendig, teilte Sprecher Dirk Jansen mit. Der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Erhalt der europäischen Naturschutzgebiete müsse besser gewährleistet werden. Der BUND glaubt ferner, dass sich die fehlende Wasserrechtliche Genehmigung zukünftig noch als ein

K.o.-Kriterium für das Kraftwerk erweisen könnte – auch gegen diese war der Naturschutzverband vorgegangen, unter anderem wegen aus seiner Sicht unzulässig hohen Quecksilbereinträgen in die Lippe.

Trianel: Endlich Rechtssicherheit



Manfred Ungethüm.

„Mit dem OVG-Urteil haben wir die nötige Rechtssicherheit, um den Kraftwerksbau zu vollenden“, lautet das Fazit von Manfred Ungethüm, Geschäftsführer der Trianel Kohlekraftwerks GmbH Lünen (TKL). Die Gerichtsentscheidung führe nicht dazu, dass das Kraftwerksprojekt in Gänze in Frage gestellt sei. Der Vorbescheid selbst sei vom Gericht in weiten Teilen als korrekt beurteilt worden. Zudem behielten die bisher erteilten Teilgenehmigungen ihre Gültigkeit. „Natürlich gilt es jetzt, die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten“, erläutert Anwalt Dr. Christoph Riese: „Allerdings ist aus unserer Sicht deutlich geworden, dass alle kritischen Aspekte heilbar

sind.“

Dieser Aufgabe werde sich Trianel nun in den kommenden Monaten stellen, so Ungethüm. „Wir haben den Stand der Technik genutzt, die Grenzwerte des Kraftwerks so abzusenken, dass in Lünen, eines der umweltfreundlichsten Kohlekraftwerke Deutschlands und Europas ans Netz gehen kann, diesen Weg werden wir nun weiter beschreiten.“

Stodollick: Negative Konsequenzen möglich



Hans Wilhelm Stodollick.

Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick befürchtet durch das Urteil negative Konsequenzen für die Stadt Lünen. „Bei allem Respekt vor dem Richterspruch: Das Urteil und die damit verbundene zu erwartende Verzögerung könnte die Stadt vor einige Probleme stellen“, erklärte er am Freitag. „Es geht für uns schließlich auch um die erwartende Gewerbesteuererinnahmen in Millionenhöhe und um positive Beschäftigungseffekte.“

Er begrüße allerdings auch, dass das Gericht mit dem

Urteil berechtigten Aspekten des Umweltschutzes Rechnung trägt, betonte Stodollick. „Ich bin mir sicher, dass Trianel so schnell wie möglich nachbessern wird.“ Die Stadtverwaltung stehe auch mit Trianel in engem Kontakt, werde also über die nächsten Schritte und deren Konsequenzen zeitnah informiert.

GFL: Genehmigung mehr als fraglich



Johannes Hofnagel.

Aus Sicht der Wählergemeinschaft GFL ist es angesichts der nicht belegten Umweltverträglichkeit nur folgerichtig gewesen, den von der Bezirksregierung erteilten Genehmigungsbescheid aufzuheben. „Sicherlich macht Trianel sich Hoffnungen, am Ende vielleicht doch noch alle erforderlichen Genehmigungen zu erhalten. Ob dies letztlich auch eintreten wird, bleibt mehr als fraglich“, so Vorsitzender Prof. Dr. Johannes Hofnagel und Peter Nibau in einer gemeinsamen Erklärung. Sowohl der BUND als auch viele engagierte Bürger Lünens würden das Kohlekraftwerk als nicht ge-

nehmigungsfähig ansehen.

Trianel und die Gesellschafter des Unternehmens müssen aus Sicht der GFL erkennen, „dass sie sich mit Schönreden und Verschleierungen auf einem Irrweg befinden“. Die Verantwortlichen in Lünen, die sich seit Beginn des Genehmigungsverfahrens uneingeschränkt auf die Bezirksregierung und Trianel zur Überprüfung der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit verlassen hätten, sollten sich eingestehen, dass dies ein bedeutender Fehler gewesen sei.

Grüne: Stadtwerke sollen aussteigen



Eckhard Kneisel.

„Trotz mehrjährigem Planungsprozess ist es Trianel bis heute nicht gelungen, die Umweltverträglichkeit des Vorhabens nachzuweisen“, so Eckhard Kneisel, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Es sei jetzt unstrittig, dass die Belastungsgrenzen an mehreren Punkten in den Cappenberger Wäldern bereits deutlich überschritten sind und eine Genehmigung

nur auf der Grundlage von Sonderbestimmungen und Ausnahmeregelungen möglich wäre. Ferner sei klar geworden, dass die Aufsichtsbehörden in der Vergangenheit ohne den erforderlichen Nachweis einer FFH-Verträglichkeit Genehmigungen erteilt hätten. Aus Sicht der Grünen sei auch klar geworden, dass Trianel beim Versuch, die FFH-Verträglichkeit nachzuweisen, getrickst und mit falschen Werten gerechnet habe. Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Genehmigungsbehörden und die Seriosität von Trianel sei erschüttert. „Wesentliche Argumente, die der Entscheidung des Rates zur Beteiligung an dem Projekt zugrunde lagen, sind nicht mehr haltbar. „Um weiteren Schaden von der Stadt Lünen abzuwenden, stellen Bündnis90/Die Grünen einen Dringlichkeitsantrag zum Ausstieg der Stadtwerke aus dem Kohlekraftwerksprojekt“, kündigt Kneisel an.



Annette Droege-Middel.

CDU: Gesamtprojekt nicht in Frage gestellt

Die CDU sieht nach wie vor

gute Chancen für eine Realisierung. „Das Projekt ist in seiner Gänze nicht in Frage gestellt worden“, so Fraktionsvorsitzende Annette Droege-Middel. „Die weiteren Beurteilungen zum Grad der Beeinträchtigung des Cappenberger Waldes können durchaus zu einer neuen und belastbaren Genehmigung führen.“

Anders als bei dem Eon-Kraftwerk in Datteln, bei dem es um baurechtliche Fragen geht, welche hier in Lünen überhaupt nicht zu beanstanden gewesen seien, drehe sich beim Lünen Trianel-Kohlekraftwerk alles um Fragestellungen, die in absehbarer Zeit beantwortbar erscheinen. „Wir bleiben optimistisch, dass das von uns immer befürwortete Kraftwerk zeitnah ans Netz gehen kann.“

Arno Feller, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass es neben den rechtlichen Beurteilungen natürlich auch die rein faktischen Folgen gebe. Wenn es problematisch sei, neueste Technik schnell zu realisieren, bedeute dies für Mensch und Umwelt letztendlich, dass Kraftwerke mit vielfach höheren Emissionen länger am Netz bleiben würden, um die Stromversorgung zu sichern, so Fellers Einschätzung. Die potenzielle, rechnerisch denkbare Beeinträchtigung wirke damit schwerer als die vorhandene tatsächliche Beeinträchtigung von Mensch und Umwelt.